

# Übersichten

Februar 2002

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 „O Sole Mio“ und viel Rauch um nichts – Bush in Beijing

Nimmt man das Medienecho insbesondere im Vorfeld des als historisch bezeichneten zweitägigen Besuchs des US-Präsidenten Bush vom 21. bis 22. Februar in Beijing zum Maßstab, so muss es sich bei dem kurzen Stopover zum historischen Datum der 30 Jahre zurückliegenden Reise des damaligen US-Präsidenten Nixon wohl um ein Ereignis von historischer Bedeutung gehandelt haben. Nachdem das dichte Unterholz im Blätterwald aber erst einmal gelichtet ist, bleibt von all dem nicht viel Substanzielles.

Auch nach dem Besuch Bushs handelt es sich um ein gespanntes bilaterales Verhältnis zwischen den beiden Staaten. Gastgeber Jiang Zemin hatte zwar alles versucht, um eine lockere Atmosphäre herzustellen. Hatten musikalische Einlagen beim Besuch Clintons noch zu einer Auflockerung beigetragen, so war Jiang im Hinblick auf die Charakterzüge oder Vorlieben Bushs offensichtlich deutlich schlechter beraten. Als er im Rahmen ei-

nes Abendessens zu Ehren seines Gastes begleitet vom Akkordeon „O Sole Mio“ anstimmte, blieb er nicht nur im Lied allein. Bush war weder bereit zu einem eigenen Gesangsvortrag noch wollte er Jiangs Beispiel folgen, als dieser das Tanzbein mit Bushs Gattin und der US-Sicherheitsberaterin Condolezza Rice schwang.

So, wie das Atmosphärische zwischen beiden Präsidenten nicht so recht stimmen wollte, verlief im Wesentlichen der gesamte Besuch ohne nennenswerte Ergebnisse. Die chinesische Seite hielt sich in allen öffentlichen Aussagen an die Vorgaben, die Vizepräsident Qian Qichen in einer Rede zu den sino-amerikanischen Beziehungen gemacht hatte. Damit war die Sprachregelung, von der auch während des Bush-Besuchs nicht abgewichen wurde, bereits seit der Veröffentlichung des Redetextes auf der Website des Parteiorgans *Quishi* (*Wahrheitssuche*) am 16. Februar des Jahres allgemein bekannt (vgl. nachfolgende Übersicht).

Bush selbst nutzte insbesondere eine im chinesischen Fernsehen live übertragene Rede vor Beijinger Studenten für sein Werben für das amerikanische Gesellschaftsmodell und moralische Appelle im Hinblick auf Pluralität, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Religion. Ohne die chinesische Regierung oder die KPCh direkt beim Namen zu nennen, griff er diese doch an, als er betonte, Diversität sei nicht Unordnung, Debatte nicht Zank und Dissenz nicht Revolution. Der Religionsausübung und -freiheit widmete er breiten Raum und äußerte die Hoffnung, dass jegliche religiöse Verfolgung enden werde und auch in China künftig alle Menschen die Freiheit genießen mögen, sich zu versammeln und zu beten. Das heimische Publikum in den USA dürfte diese Werbung für westliche Werte und den American Way of Life insgesamt jedoch wahrscheinlich weitaus mehr goutiert haben als die chinesische Öffentlichkeit, ganz zu schweigen von der Staats- und Parteiführung.

Im Hinblick auf die Taiwan-Frage als sensiblen Kernbereich sino-amerikanischer Beziehungen bekräftigte Bush zwar einerseits das Ein-China-Prinzip, betonte andererseits aber auch, er hoffe auf eine Lösung des Taiwan-Prob-

lems durch friedlichen Dialog. Hierbei vermied er es jedoch, von Wiedervereinigung zu sprechen, was sowohl von Studenten in der anschließenden Fragerunde als auch während einer Pressekonferenz zum Abschluss des Chinabesuchs mehrfach kritisiert wurde. Keineswegs auf Gegenliebe und Verständnis dürfte bei allen Zuhörern in China die Aussage des amerikanischen Präsidenten gestoßen sein, die Vereinigten Staaten sähen sich zum Schutze Taiwans verpflichtet und würden Taiwan helfen sich selbst zu helfen, wenn es provoziert werde (vgl. hierzu Ü 3 in diesem Heft). Ob Taiwan jedoch auch zu den „anderen“ gehöre, die neben den Alliierten und Freunden Amerikas in den Genuss des Schutzes durch das geplante Raketenabwehrsystem NMD vor „Schurkenstaaten“ kommen sollen, ließ er offen.

Im Hinblick auf Taiwan gelang es der chinesischen Seite nicht, Bush dazu zu bewegen, sich deutlich zu dem Gemeinsamen Kommuniqué zu dieser Frage aus dem Jahr 1982 zu bekennen. Vielmehr muss es wohl als diplomatische Niederlage angesehen werden, dass Bush im Gegenteil auf den Taiwan Relations Act rekurrierte, in dem sich die USA dazu verpflichtet hatten, Taiwan mit allen zu seiner Verteidigung notwendigen Waffen auszustatten. Allerdings blieben die Äußerungen Bushs in dieser Sache weit hinter seinen Ausführungen vom April letzten Jahres zurück, in denen es noch heißen hatte, die USA würden jedwede notwendige Maßnahme zum Schutze Taiwans ergreifen.

So wenig wie Bush im Hinblick auf Taiwan zu Zugeständnissen geneigt war, waren es andererseits die Gastgeber im Zusammenhang mit dem von Amerika gewünschten Abkommen über die Nonproliferation von Atomraketen und spaltbarem Material. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, dass Beijing diese Frage zukünftig als Trumpf gegen die USA in anderen Verhandlungskontexten ausspielen wird, wie es die Vergangenheit vielfach gezeigt hat.

Auffällig war auf Seiten der USA das deutliche Bemühen, wirtschaftliche Fragen von der politischen Agenda des Besuches deutlich zu trennen. Da es sich in erster Linie um einen politischen Besuch handelte,

spielten wirtschaftliche Themen nur am Rande eine Rolle – so etwa, als es in Bushs öffentlichen Auftritten um einen gesellschaftlichen Wandel in China ging, zu dem die Wirtschaftsbeziehungen im Sinne eines Wandels durch Handel beitragen könnten. Konkrete Ergebnisse wurden jedoch auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht erreicht. Man beließ es bei der allgemeinen Feststellung, man wolle die Zusammenarbeit in den Gebieten Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Aidsprävention etc. ausbauen. In Fragen der regionalen Wirtschaft und der Finanzen wolle man in einen regelmäßigen strategischen Dialog eintreten, woraus offensichtlich die Besorgnis beider Länder hinsichtlich der nicht bewältigten Asienkrise spricht.

Im Zusammenhang mit dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus konnte Jiang Zemin auf einer gemeinsamen Abschlusspressekonferenz vermelden, beide Seiten hätten sich auf Konsultationen und Zusammenarbeit auf der Basis gegenseitigen Vorteils und der Reziprozität verständigt. Ob dies das Ende der amerikanischen Kritik an der Einbeziehung von oppositionellen und separatistischen Kräften Xinjiangs als Ziel des chinesischen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus bedeutet, blieb allerdings offen. Auf der anderen Seite zeigte die chinesische Regierung keinerlei Verständnis für eine Ausweitung der Antiterrorkampagne auf weitere Länder und Regionen und blieb auch hinsichtlich der Irak-Frage ihrer bisherigen Haltung treu.

Wenn von bescheidenen Erfolgen des Staatsbesuchs die Rede ist, ist zum einen die neue amerikanische Sprachregelung zu nennen, wonach China inzwischen vom „strategischen Rivalen“ zum „beständigen Partner“ der USA mutiert ist. Zum anderen könnte China eine entscheidende Rolle als Vermittler eines Gesprächs zwischen Nordkorea und den USA zufallen. Auf Bitten Bushs, sein ernst gemeintes Gesprächsangebot der nordkoreanischen Führung weiterzuleiten, erklärte Jiang Zemin öffentlich, auch China sei an Kontakten zwischen den beiden Staaten interessiert und würde eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche befürworten. Konkrete Ausführungen

über Chinas Rolle innerhalb dieses Dialogs machte Jiang allerdings nicht.

Weitere Gespräche auf höchster Ebene dürften mit dem Ende des Besuchs Bushs in China auf die nächste chinesische Führungsgeneration übergehen. Zunächst wird der derzeitige Vizepräsident Hu Jintao, der vielfach als Amtsnachfolger Jians gehandelt wird, voraussichtlich im Oktober des Jahres der Einladung der US-Regierung zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten nachkommen. (CCTV, 21.2.02, nach BBC PF, 22.2.02; CCTV, 22.2.02, nach BBC PF, 23.2.02; IHT, 21.2., 22.2.02; FT, 23.2.02; *The Guardian*, 22.2.02; NZZ, 19.2., 22.2., 23.2.02; XNA, 20.2., 21.2., 22.2., 23.2.02; WSJ, 19.2.02, 22.2.02; FAZ, 22.2.02) -kg-

## 2 Qian Qichen gibt Sprachregelung für Bush-Besuch vor

Qian Qichen machte in einer bereits im Vorfeld des Bush-Besuchs auf der Website des Parteiorgans *Qiushi* veröffentlichten Rede deutliche und offensichtlich verbindliche Aussagen zu Entwicklung und Stand der bilateralen Beziehungen. Demnach hätten sich die USA nach der Ausrufung der Volksrepublik China zunächst für eine Blockadepolitik gegen sein Land entschieden. Aufgrund der Veränderungen der Weltlage bis zum Beginn der siebziger Jahre und insbesondere aufgrund der ausgeprägten Rivalität zwischen USA und Sowjetunion seien sowohl die Vereinigten Staaten als auch China zum Überdenken ihrer jeweiligen Außenpolitik gezwungen gewesen.

Mit der Besiegelung des Kommuniqués von Shanghai am 28.2.1972 wäre schließlich die Phase der Normalisierung zwischen beiden Staaten eingeleitet worden. Hierin seien als Grundlage für die bilateralen Beziehungen die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz festgelegt worden. Gleichzeitig seien aber auch die grundsätzlichen Meinungsunterschiede in verschiedenen Punkten festgehalten worden. Aufgrund innerparteilicher Schwierigkeiten innerhalb der Republikanischen Partei, so Qian weiter, konnten diplomatische Beziehungen jedoch erst in der Präsidentschaft Carters zum 1. Januar 1979 aufgenommen werden. Seither bestehe die wichtigste Grundlage

der bilateralen Beziehungen aus dem zweiten Gemeinsamen Kommuniqué, mit dessen Unterzeichnung sich die USA am 12.12.1978 dazu bekannt hätten, dass es nur ein China gebe und die Regierung der Volksrepublik China die einzig legitime Regierung ganz Chinas sei. In diesen Rahmen sollten die USA lediglich wirtschaftliche, kulturelle und andere inoffizielle Beziehungen zu Taiwan aufrechterhalten.

Ogleich der Status Taiwans aus chinesischer Sicht im Gemeinsamen Kommuniqué zur Errichtung diplomatischer Beziehungen geklärt worden war, wurde Taiwan zum langfristigen Streitpunkt und zum Lackmusestrich der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Mit der Verabschiedung des Taiwan Relations Act und der daraus resultierenden fortgesetzten Lieferung von Waffen an Taiwan hätten die USA schon bald den Vereinbarungen zuwider gehandelt. In einem nachfolgenden weiteren Gemeinsamen Kommuniqué im Jahr 1982, in welchem sich die USA erneut verpflichtet hätten, die Souveränitätsrechte Chinas anzuerkennen, erklärten sie weiterhin, keine langfristige Politik der Waffenlieferungen an Taiwan zu beabsichtigen und die zu liefernden Waffen in Quantität und Qualität nicht das Maß übersteigen zu lassen, welches zum Zeitpunkt der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu China bestanden hätte. Ferner, so Qian weiter, hätten die Vereinigten Staaten darin die Absicht bekundet, ihre Waffenlieferungen an Taiwan schrittweise zurückzuführen und das Problem damit über die Zeit einer natürlichen Lösung zuzuführen.

Dennoch sei die Behandlung der Taiwan-Frage nach wie vor das Kernproblem zwischen beiden Staaten, während die USA ein weiteres Hindernis, das sie durch die inakzeptable Koppelung ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber China mit der Frage der Menschenrechte in den neunziger Jahren selbst errichtet hatten, mit der Gewährung des Meistbegünstigtenstatus Ende 2001 wieder ausgeräumt hätten.

In seiner Schlussfolgerung ruft Qian Qichen und mit ihm alle chinesischen Spitzenpolitiker, die sich im Rahmen des Bush-Besuchs öffentlich äußerten, die USA zu einer strategisch-langfristigen Betrachtungsweise der ameri-

kanisch-chinesischen Beziehungen auf, wie es die VR China bereits seit langem tut. Die Vereinigten Staaten sollten über kurzfristige Verstimmungen nicht die langfristige Bedeutung ihrer bilateralen Beziehungen unterschätzen und vernachlässigen. Die chinesische Regierung habe und werde den Beziehungen zu den USA immer große Bedeutung beimessen. Sie gestalte diese auf der Basis der unabänderbaren Prinzipien der drei Gemeinsamen Kommuniqués. China handle dabei grundsätzlich im Geiste der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz und nach dem Leitsatz, in der Gestaltung seiner Außenbeziehungen unter allen Umständen selbst die Initiative in den Händen zu halten. Daher könne keine chinesische Regierung einen Verstoß der USA gegen die bilateralen Vereinbarungen hinnehmen und werde derlei Versuchen entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Auch die Agenda für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen wird bei Qian klar vorgegeben. Er ruft die USA zu mehr Kooperation und Konsultation mit China auf, da beide Staaten „große Mächte“ mit erheblichem Einfluss in der Welt seien und die bilateralen Beziehungen zwischen ihnen ursächlichen Einfluss auf Frieden und Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region und in der gesamten Welt ausübe. Der Appell lautet, China als gleichberechtigten Mitspieler ernst zu nehmen. Ein Verhältnis des guten Einvernehmens nütze beiden Seiten, während gespannte Beziehungen beide zu Verlierern machen würde, so Qian Qichen.

Dabei spiele die Taiwan-Frage die Schlüsselrolle. Taiwan sei der sensibelste und wichtigste Punkt, der für China unmittelbar mit Fragen der Souveränität, der territorialen Integrität, der Emotionen sowie der Entwicklung des Landes verbunden seien. Die USA seien daher gut beraten, Taiwan nicht dazu zu missbrauchen, China eindämmen zu wollen. Die Geschichte habe bewiesen, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China relativ reibungslos entwickelten, sobald die Taiwan-Frage relativ adäquat behandelt werde. Andernfalls komme es fast unweigerlich zu fortgesetzten Irritationen und Schwierigkeiten im gegenseitigen Verhältnis. (QS online, 16.2.02, nach BBC

PF, 21.2.02; CCTV, 21.2.02, nach BBC PF, 22.2.02; Xinhua, 25.2.02, nach BBC PF, 26.2.02) -kg-

### 3 China als Ziel neuer US-Nuklearstrategie

In chinesischen Militärkreisen weiß man die Signale aus den USA offenbar recht genau zu lesen. Diese Schlussfolgerung legt angesichts neuester Nachrichten im März zumindest ein schon am 30. Januar erschienener Artikel in der Militärzeitung *Jiefangjun Bao* (*Liberation Army Daily*) nahe. Auf der Basis eines frei zugänglichen Berichts, der am 9. Januar im US-Verteidigungsministerium vorgestellt worden war, analysierte die Zeitung die Veränderungen in der Nuklearstrategie der Vereinigten Staaten. Chinesische Befürchtungen in diesem Zusammenhang wurden schließlich in den USA durch einen Zeitungsbericht der *Los Angeles Times* vom 9. März über geheime Pläne des Pentagons bestätigt.

In ihrem Artikel kam die *Jiefangjun Bao* zu dem Schluss, die USA strebten eine Verlagerung der drei Pfeiler ihrer nuklearen Abschreckungsstrategie an. Bislang sei diese gestützt auf ballistische Interkontinentalraketen, mit Atomraketen bestückte U-Boote und strategische Bomber. Zukünftig solle die neue Strategie auf einem offensiv angelegten System basieren, bestehend aus dem gesamten nuklearen Arsenal und konventionellen Streitkräften, einem Antiraketensystem zur Verteidigung des Territoriums der USA sowie ihrer Alliierten und nicht zuletzt auf einem Versorgungssystem für militärische Güter und Waffen, das auf schnelle Reaktion ausgelegt ist.

In diesem Zusammenhang, so die *Jiefangjun Bao*, ist auch die Ankündigung einer einseitigen Reduzierung der nuklearen Sprengköpfe von derzeit mehr als 7.000 auf lediglich 1.700 bis 2.200 binnen zehn Jahren zu verstehen. Angesichts der neuen und vielfältigeren Bedrohungsszenarien nach dem Ende des Kalten Krieges wollen die USA ihre nicht mehr adäquate nukleare Abschreckung zugunsten konventioneller Offensivkapazitäten und des Raketenabwehrsystems reduzieren. Hinzu käme die andern-

falls bestehende Notwendigkeit der Verschrottung und Erneuerung von 70% der amerikanischen Raketenarsenale, da diese durch ihr hohes Alter anfällig geworden oder schlicht obsolet geworden seien. Ein weiterer Unterhalt des nuklearen Arsenal in der bisherigen Größe sei angesichts der veränderten Weltlage mithin nicht nur unnötig, sondern darüber hinaus auch kostspielig. Dies gelte insbesondere angesichts der Tatsache, dass Russland zu einem Rüstungswettlauf nicht mehr fähig sei und demnach keine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der USA mehr darstelle. Ein nukleares Gleichgewicht des Schreckens sei in dieser Hinsicht nun nicht mehr notwendig.

Die als einseitige Abrüstung bezeichnete Reduzierung der nuklearen Abschreckung dient nach chinesischer Ansicht jedoch keineswegs der Friedenssicherung. Vielmehr sei diese neuerlicher Ausdruck des Unilateralismus der USA und deren Ziel der Dominierung der Weltpolitik. In ihrem Fazit stellt die *Jiefangjun Bao* fest, durch die Gesamtheit des Strategiewechsels auf Seiten der Vereinigten Staaten werde die Schwelle für den Einsatz nuklearer Waffensysteme zukünftig deutlich sinken. Im Zusammenhang mit der Entwicklung kleiner und kleinster Kernwaffen der vierten Generation werden die USA künftig in der Lage sein, diese Präzisionskernwaffen in begrenzten militärischen Auseinandersetzungen flexibel und selektiv einzusetzen. Durch die Vermeidung von flächendeckenden Kollateralschäden werde die jeweilige US-Regierung hier die politische Initiative ohne Furcht vor einem weltweiten öffentlichen Aufschrei ergreifen können.

Im Ergebnis werde diese neue Strategie jedoch dazu führen, dass eine ganze Reihe von Ländern das Gefühl der Sicherheit verlören, was letztlich nur zu einer generellen Erosion der globalen Sicherheit und nicht zuletzt zu einem Anwachsen der nuklearen Proliferation führen könne. Da andere Kernwaffenländer aus Gründen des Selbstschutzes zu Gegenstrategien gezwungen würden, werde diese US-Strategie eine neue Runde im internationalen Wettrüsten auslösen. Daran werden sich auch atomare Schwellenländer beteiligen, die nicht der flexiblen nuklearen Bedrohung ausgesetzt sein

wollten. Der Auftritt neuer Nuklearmächte werde die ohnehin komplexe internationale Sicherheitslage nur zusätzlich verkomplizieren.

Wie sehr müssen sich die beiden Autoren des Artikels in der *Jiefangjun Bao*, Wang Guosheng und Li Wie, in ihrer Analyse bestätigt fühlen, nachdem am 9. März bekannt wurde, dass im Pentagon bereits geheime Pläne für den begrenzten Einsatz von Atomwaffen geschmiedet wurden. Nukleawaffen sind damit zukünftig aus Sicht der USA nicht mehr länger das letzte Mittel. Vielmehr denkt man dort an einen flexiblen, gezielten und begrenzten Einsatz im Falle eines Angriffs mit biologischen oder chemischen Kampfmitteln auf die USA bzw. einen Nuklearschlag gegen einen ihrer Alliierten.

China ist davon in doppelter Hinsicht negativ betroffen. Zum einen deutet sich hier auf Seiten der USA ein deutlicher Bruch eines bislang geltenden Tabus an: Der Einsatz von Nukleawaffen in einer begrenzten militärischen Auseinandersetzung wird nun ebenso wenig ausgeschlossen wie der Ersteinsatz von Kernwaffen gegen Staaten, die selbst nicht über atomare Bewaffnung verfügen. Hinzu wird explizit ein Szenario benannt, in dem China Ziel eines amerikanischen Erstschlags werden könnte. Dies liege im Bereich der möglichen Reaktionen der USA auf einen chinesischen Angriff auf Taiwan, so die *Los Angeles Times*. Damit wird aus chinesischer Sicht der Schutzschild der Vereinigten Staaten erneut in einer Weise erweitert, die allen chinesisch-amerikanischen bilateralen Vereinbarungen zuwiderläuft.

China wird damit desweiteren vom US-Verteidigungsministerium erneut in die Reihe der Schurkenstaaten – namentlich Irak, Nordkorea, Iran, Libyen und Syrien – eingereiht, gegen die der Einsatz von Atomwaffen auf der Grundlage der neuen US-Bedrohungsanalyse notwendig werden könnte. Auch Russland wird in diesem Zusammenhang noch als mögliches Ziel erwähnt. Jedoch beeilte sich die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice angesichts der öffentlichen Kritik in den USA an den bekannt gewordenen Geheimplänen des Pentagons zu betonen, die positive Nachricht sei, dass Russland aufgrund seiner neuen strategischen Partnerschaft mit den USA

nicht länger als Feindstaat angesehen werde. Auch diese Nachricht dürfte letztlich auf chinesischer Seite mehr zur Beunruhigung als zur Beruhigung beitragen, droht Russland aus chinesischer Sicht nunmehr noch weiter in das andere Lager abzudriften. (JF-JB, 30.1.02, nach FBIS, 30.1.02; *Los Angeles Times* online, 9.3., 11.3.02; CNN.com, 11.3.02) -kg-

#### 4 Ein schwieriger Besuch in Vietnam

Der chinesische Präsident Jiang Zemin wollte seinen russischen und amerikanischen Amtskollegen offenbar nicht nachstehen und hielt auf seinem dreitägigen Vietnambesuch Ende Februar bis Anfang März wie zuvor schon Bill Clinton und Vladimir Putin eine Fernsehansprache an die vietnamesische Nation. Anders als etwa Clinton erwähnte Jiang jedoch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten nicht. Immerhin hatten chinesische Truppen 1979 nach der vietnamesischen Invasion in Kambodscha, die zum Sturz der Roten Khmer führte, für zwei Monate sechs nördliche Provinzen Vietnams besetzt.

Auf diesen Krieg ging er lediglich in einer Andeutung ein, als er eingestand, es habe „schwierige Abschnitte“ in den bilateralen Beziehungen gegeben, immer hätte man darüber jedoch auf beiden Seiten die tiefe Freundschaft zwischen den Staaten und Völkern bewahrt. Jiang betonte in diesem Zusammenhang in seiner Rede, die er auf dem Campus der Universität Hanoi hielt, die beiden Ländern gemeinsame weltanschauliche Grundlage der marxistischen Ideologie und des Konfuzianismus. Dies sei die Basis, so seine Aussage, für den gemeinsamen historischen Kampf gegen den westlichen Imperialismus.

Ob er mit diesem Rückgriff auf frühere Feindbilder und die gemeinsame marxistische Rhetorik seine Gastgeber, den Staatspräsidenten Tran Duc Luong und den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, Nong Duc Manh, beeindrucken konnte, darf bezweifelt werden. Besser dürfte in Hanoi die in Jiang Zemins Beisein besiegelte Vereinbarung über die Gewährung einer nicht rückzahlbaren chinesischen Finanzhilfe an Vi-

etnam im Umfang von 50 Mio. Yuan RMB angekommen sein. Des Weiteren wurde ein Rahmenabkommen über die Gewährung weiterer 50 Mio. Yuan in Form eines Vorzugskredits unterzeichnet.

In der Bewertung des Besuchs war die chinesische Seite denn auch bemüht, insbesondere die Erfolge der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1991 herauszustreichen. Nach chinesischen Angaben habe das Handelsvolumen zwischen 1991 und 2001 ein neunzigfaches Wachstum erlebt. In absoluten Zahlen liest sich dieses Ergebnis ebenso wie die weiteren Prognosen jedoch weniger beeindruckend. Auf der Basis eines Handelsvolumens von 2,5 Mrd. US\$ im vergangenen Jahr wird eine Erhöhung auf 3,5 Mrd. US\$ in diesem Jahr und eine Verdoppelung des Ergebnisses von 2001 bis zum Jahr 2005 angestrebt.

Wie üblich wurde der Besuch Jiang Zemins in Vietnam in der chinesischen Presse als Erfolg dargestellt. Das gemeinsame vietnamesisch-chinesische Abschlusskommuniqué weist diplomatisch verklausuliert jedoch darauf hin, dass eine derartige Bewertung zumindest in Teilen mehr dem chinesischen Wunschdenken als der Realität entspricht. Dort heißt es, beide Seiten hätten „ihre Entschlossenheit betont, eine Lösung offener Fragen im Zusammenhang mit der Fischereizusammenarbeit im Golf von Tonkin herbeizuführen, um bald die Realisierung der Vereinbarung zur Demarkation der Grenzen im Golf von Tonkin sowie des Fischereikooperationsabkommens einleiten zu können“. Vom diplomatischen Ballast befreit bedeutet dies nichts anderes, als Schwierigkeiten in der Umsetzung der bereits 1999 und 2000 unterschriebenen Grenzverträge.

Während der ungelöste Fischereidiskut zwischen China und Vietnam die Verwirklichung der Markierung der Seegrenze im Golf von Tonkin (chin.: Beibu) bislang verhindert, scheinen derartige Schwierigkeiten hinsichtlich der Markierung der Landgrenze nicht zu bestehen. Hier wurde am 27. Dezember 2001 der erste chinesische Grenzpfahl auf der Basis des bilateralen Abkommens gesetzt. Allerdings

wächst insgesamt in Vietnam die Kritik an den Zugeständnissen, die die eigene Regierung China gegenüber im Zusammenhang mit dem Grenzverlauf gemacht hatte. Die vietnamesische Regierung sieht sich hier zunehmend in der Schusslinie der Kritik sowohl seitens der Hardliner aus den eigenen Reihen und in der Armee als auch aus Oppositions- und Dissidentenkreisen.

Zusätzlich erschwert wird die Lage dadurch, dass die neue Grenzziehung sowohl von vietnamesischen Behörden der von Landabtretungen an China betroffenen Administrativregionen als auch von Lokalbehörden der chinesischen Seite schlicht ignoriert wird. Obwohl es offiziell heißt, die Grenzfrage sei gelöst und die Markierungsarbeiten gingen planmäßig voran, kam es in den vergangenen Monaten daher mehrfach zu Zusammenstößen entlang der Landgrenze. Völlig ungelöst bleibt zwischen China und Vietnam nach wie vor auch die Frage der Souveränität über die umstrittenen Spratly und Paracel Inseln.

Fällt es angesichts dieser Situation schwer, von einem Erfolg der Reise Jiang Zemens zu sprechen, so verstärkt die Frage um die Zukunft des russischen Marinestützpunkts Cam Ranh diese Zweifel noch. China kann sich bislang nicht damit anfreunden, hier einen „offenen Hafen“ entstehen zu sehen, der nach dem Abzug der Russen zum Vertragsende im Jahr 2004 einem Vorschlag der USA entsprechend allen Marineverbänden unabhängig von ihrer Nationalität zur Verfügung stehen solle. Da dieses Thema weder in der chinesischen Presse noch im gemeinsamen Abschlusskommuniqué zu Jiang Zemens Besuch in Vietnam aufgegriffen wurde, ist nicht davon auszugehen, dass die chinesischen Vorbehalte in den von „brüderlichem Geist“ getragenen „offenen Gesprächen“ ausgeräumt werden konnten oder Vietnam größeres Verständnis für die chinesischen Bedenken in dieser Sache gezeigt hätte.

Cam Ranh war ursprünglich in den sechziger Jahren von den USA errichtet worden. Drei Jahre nachdem Vietnam die Kontrolle über den Marinehafen und Militärflughafen von Cam Ranh übernommen hatte, stellte es diesen aus Besorgnis über eine

potenzielle Bedrohung seitens Chinas und Kambodschas der UdSSR zur Verfügung. Russland wollte ursprünglich den im Jahr 2004 auslaufenden Pachtvertrag verlängern und bot Vietnam einen Schuldenerlass im Umfang von 9,5 Mrd. US\$ an. Die Gesamtschulden Vietnams beim Rechtsnachfolger der Sowjetunion betragen mehr als 11 Mrd. US\$. Russland sah sich dann allerdings nicht in der Lage, den von Vietnam zusätzlich geforderten Preis von 300 Mio. US\$ aufzubringen. Die USA hatten bereits 1994 ihr Interesse an Cam Ranh angedeutet und dieses kürzlich explizit erklärt. Auch Indien hegt in diesem Zusammenhang Ambitionen. In beiden Fällen handelt es sich aus chinesischer Sicht um die Bedrohung der eigenen Interessen im Südchinesischen Meer, weshalb Beijing weder den einen noch den anderen Interessenten akzeptieren kann. Vietnam hält sich bisher in dieser Frage eher bedeckt, betont jedoch die grundsätzliche Abneigung gegen ausländische Stützpunkte im eigenen Lande – ein Standpunkt, in dem China das Land nur zu gerne bestärken würde. (Voice of Vietnam online, 26.2.02, nach BBC PF, 28.2.02; Voice of Vietnam, 27.2.02, nach BBC PF, 28.2.02; Xinhua, 27.2.02, nach BBC PF, 28.2.02; SCMP online, 27.2.02; SCMP, 27.2.02, nach BBC PF, 28.2.02; ITAR-TASS, 27.2.02, nach BBC PF, 28.2.02; AFP Hongkong, 28.2.02, nach FBIS, 1.3.02; VNA news agency online, 2.3.02, nach BBC PF, 4.3.02) -kg-

## 5 Chinesische Botschaft in Kabul wieder eröffnet

Im Beisein des stellvertretenden chinesischen Außenministers Wang Yi wurde am 6. Februar nach zweimonatigen Vorbereitungen die chinesische Botschaft in der afghanischen Hauptstadt Kabul offiziell wieder eröffnet. Der Chef der afghanischen Interimsregierung Karzai gratulierte Wang in einem Treffen zur Wiedereröffnung der diplomatischen Vertretung und dankte für die „selbstlose Hilfe“ Chinas für den Wiederaufbau Afghanistans. Karzai verließ weiterhin seiner Hoffnung Ausdruck, die VR China werde weiterhin aktiv am Aufbau seines Landes teilnehmen, woraufhin Wang versicherte, China werde den Nachbar-

staat im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.

Bislang beläuft sich nach Auskunft des chinesischen Außenministeriums die bereits geleistete Hilfe für Afghanistan auf 40 Mio. US\$. Diese Summe umfasse sowohl die Lieferung von Hilfsgütern als auch finanzielle Leistungen. Erneut angekündigt wurden Unterstützungsleistungen für den Wiederaufbau des Landes mit einem finanziellen Volumen von 150 Mio. US\$. Unklar blieb dabei jedoch bisher, ob die bereits geleisteten Hilfen hier mit einzurechnen sind, oder ob es sich um einen zusätzlich bereitzustellenden Betrag handeln wird. Interessanter Weise erfolgte diese erneute Hilfsankündigung für Afghanistan während des Besuchs einer chinesischen Regierungsdelegation unter Leitung des Sprechers des Außenministeriums Sun Yuxi in Pakistan, wo man sich auf der pakistanischen Seite über die „historische Bedeutung“ der Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan am Khyber-Pass informierte. Dem Pass kam und kommt in erster Linie strategische und militärische Bedeutung zu.

Strategisch-militärische Interessen Chinas scheinen auch in Afghanistan selbst stärker artikuliert zu werden. Knapp drei Wochen nach der Botschaftereröffnung besuchte der neue – und alte – Botschafter der VR China, Zhang Min, in Afghanistan den Verteidigungsminister der Übergangsregierung, General Mohammad Qasim Fahim. Während dieser gegenüber dem chinesischen Repräsentanten für die Unterstützung Chinas „vom Jihad bis heute“ dankte, stellte Zhang dem Minister den chinesischen Militärattaché in Kabul vor.

Zur gleichen Zeit kann von einer funktionierenden Botschaft laut chinesischen Angaben jedoch keine Rede sein. Derzeit müsse man sich auf den Wiederaufbau der Botschaftsgebäude konzentrieren. Die augenblicklichen Bedingungen ließen nicht einmal die Bearbeitung von Visaanträgen zu. Bis zur vollständigen Arbeitsfähigkeit der chinesischen Vertretung in Kabul werde mindestens ein Jahr vergehen.

Bei dem chinesischen Botschafter in Afghanistan handelt es sich um einen Diplomaten mit langjähriger Erfahrung in diesem Land. Der fünfund-

sechzigjährige Zhang Min befand sich bereits seit fünf Jahren im Ruhestand, als er im Dezember letzten Jahres reaktiviert wurde, um die vorbereitende Arbeitsgruppe des chinesischen Außenministeriums in Afghanistan zu leiten. Nur drei Jahre nach der Errichtung der chinesischen Botschaft in Kabul im Jahre 1956 hatte Zhang 1959 ein Studium an der Universität von Kabul aufgenommen. Nach dem Abschluss seines dortigen Studiums arbeitete er von 1963 bis 1969 für die chinesische Botschaft, um dann in den Jahren 1979 und 1990 noch zwei weitere Male nach Kabul entsendet zu werden. (Xinhua, 5.2.02, nach BBC PF, 7.2.02; Xinhua, 6.2.02, nach BBC PF, 7.2.02; Radio Pakistan, 6.2.02, nach BBC PF, 7.2.02; Radio Afghanistan, 6.2.02, nach BBC PF, 7.2.02; Radio Afghanistan, 26.2.02, nach BBC PF, 27.2.02) -kg-

## 6 Pakistanische Überzeugungskraft oder Priorität chinesischer Interessen?

Während des Besuchs einer neunköpfigen chinesischen Delegation unter der Leitung des Sprechers des Außenministeriums Sun Yuxi in Pakistan, betonten die Gastgeber in Islamabad, die bilateralen Beziehungen seien nach dem 11. September 2001 noch weiter gefestigt worden. Insbesondere bedankte man sich für die chinesische Unterstützung im Rahmen der Pläne für den Bau des Tiefseehafens von Gwadar und im Zusammenhang mit pakistanischen Straßenbauprojekten. Bei letzterem handelt es sich um den Ausbau der 653 km langen Küstenstraße zwischen Karachi und Gwadar.

Indische Medien meldeten im Februar, der chinesische Vize-Premier Wu Bangguo werde im März in Gwadar zur Grundsteinlegung für das Hafenausbauprojekt erwartet. Es wird erwartet, dass China die Finanzierung der ersten Ausbaustufe, deren Kosten mit 248 Mio. US\$ veranschlagt werden, zumindest teilweise übernehmen wird, da hiermit – so sieht man es in Indien – in erster Linie chinesische strategische Interessen in der Region verbunden sind.

Wie in indischen Meldungen weiter zu lesen war, mutmaßte man dort, China

hätte Pakistan zuvor mit einem Rückzug aus den Projekten gedroht, weil Beijing verärgert über die Art pakistischer Kooperation mit den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit deren Afghanistanoperationen gewesen sei. So wäre der pakistanische Präsident General Musharraf auf seiner Reise zum Treffen der SAARC-Mitglieder quasi von Beijing einbestellt worden, um Auskunft über die Bedingungen zu geben, unter denen Pakistan den USA exklusive Landrechte auf den Flughäfen von Jacobabad und Pasni eingeräumt hatte. Ferner sei China äußerst ungehalten darüber gewesen, dass Pakistan der Errichtung von US-Horchposten im Norden des Landes zugestimmt hatte, von denen nukleare und militärische Aktivitäten bis weit nach Xinjiang und Tibet hinein überwacht werden könnten.

Von der indischen Presse direkt zur Präsenz amerikanischer Truppen entlang der chinesischen Peripherie in Zentral- und Südasiens befragt, gab der chinesische Botschafter in Neu-Delhi sich zuversichtlich, die USA würden ihrer Verpflichtung nachkommen, ihre Truppen wieder abzuziehen, sobald ihre Aufgaben erfüllt seien. (Radio Pakistan, 3.2.02, nach BBC PF, 4.2.02; PTI news agency, 8.2.02, nach BBC PF, 9.2.02; PTI news agency, 19.2.02, nach BBC PF, 20.2.02) -kg-

## 7 Besorgnis um Japan

Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan gratulierte seiner neuen japanischen Amtskollegin Kawaguchi Yoriko am 9. Februar telefonisch zu ihrer Ernennung. In diesem Telefonat, das allerdings auf Bitten Kawaguchis zustande gekommen war, versicherte Tang der Japanerin, China habe den Beziehungen zu Japan immer großes Gewicht beigemessen und werde auch zukünftig an der freundlichen und gutnachbarlichen Politik gegenüber Japan festhalten. Diese eigentlich überflüssige Feststellung qualifizierte Tang dadurch, dass er seine Gesprächspartnerin auf die Einhaltung der Gemeinsamen Chinesisch-japanischen Erklärung einswor, die seit 1972 die Grundlage für die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten bildet.

Die genannte Gemeinsame Erklärung leitete mit ihrer Unterzeichnung durch den damaligen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai und seinen japanischen Amtskollegen Tanaka den Normalisierungsprozess zwischen beiden Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg ein und besiegelte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (vgl. C.a., 1972/9, S.31). Neben dem chinesischen Verzicht auf Kriegsentschädigung von japanischer Seite, legte das Dokument das Ein-China-Prinzip ebenso wie die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage des Verhältnisses zwischen China und Japan fest.

Insbesondere die Taiwan-Frage scheint aus Beijinger Sicht auch heute noch in der Beziehung zu Japan von so großer Bedeutung zu sein, dass jede neue japanische Regierung und jeder neue Außenminister auf das Dokument von 1972 und die darin getroffenen Aussagen hingewiesen werden müssen. Auch hegt China Argwohn gegen die jüngsten japanischen Pläne im Zusammenhang mit der Veränderung seiner Verteidigungsdoktrin.

Kawaguchi beteuerte im Gespräch mit Tang, Japan sei auf der Basis und im Geiste der entsprechenden grundlegenden bilateralen Vereinbarungen auf eine umfassende Kooperation mit China eingestellt. Insbesondere im 30. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten werde man neben einer Reihe von Gedenkveranstaltungen auf beiden Seiten Gelegenheit zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses haben. Dazu könnten insbesondere die Veranstaltungen des Jahres der Chinesischen Kultur in Japan und des Jahres der Japanischen Kultur in China beitragen. Auf der politischen Ebene hoffe sie, beide Länder mögen zukünftig insbesondere der Konsultation und Kooperation in globalen und regionalen Fragen mehr Bedeutung beimessen.

Während Kawaguchi ihre Hoffnung auf einen Besuch Chinas in näherer Zukunft ausdrückte, ist der Termin für den bereits für das vergangene Jahr geplanten und dann in der Folge von Schulbuchstreit und Besuch des Yasukuni-Schreins durch den japanischen Premierminister auf unbestimmte Zeit verschobenen Besuch des

Präsidenten des Nationalen Volkskongresses, Li Peng, auf den 2. April dieses Jahres festgelegt worden. Li wird auf eigenen Wunsch eine Woche in Japan verbringen und die Zeit auch zum Besuch Westjapans nutzen.

Es wird erwartet, dass ein Thema für Gespräche zwischen Li und seinen Gastgebern auf der japanischen Seite der Fall eines am 22. Dezember letzten Jahres in Ostchinesischen Meer gesunkenen Bootes sein wird. Das unidentifiziert gebliebene Schiff hatte sich zuvor ein Feuergefecht mit der japanischen Küstenwache geliefert. Japan wünscht nun das Schiff zu bergen, um dem Verdacht nachgehen zu können, es könne sich damals womöglich um eine nordkoreanische Spionagemission gehandelt haben. Schwierigkeiten bereitet hierbei jedoch die Tatsache, dass es sich bei dem Seegebiet, in dem das Schiff sank, um chinesische Wirtschaftsgewässer handelt und eine Bergungsaktion nach chinesischer Auffassung einen Eingriff in die chinesische Souveränität darstellen könnte.

Ein wirtschaftliches Thema könnte zwischen Japan und China ebenfalls zunehmend wichtiger werden. International wächst angesichts des enormen Volumens uneinbringbarer Kredite die Furcht vor einem Crash der japanischen Finanzwirtschaft. Und auch der chinesische Präsident Jiang Zemin hatte Anfang Februar gegenüber einer Delegation der japanischen New Conservative Party in China mit großer Deutlichkeit darauf hingewiesen, Japan müsse seine Anstrengungen zur Reformierung des Finanzsektors beschleunigen. Auch in China wachsen offensichtlich Bedenken, das eigene Land könne im Falle eines japanischen Crashes mit in den Strudel gerissen werden, schließlich existiert das Problem fauler Kredite in großem Ausmaß auch hier. (XNA, 10.2.02; Xinhua, 9.2.02, nach BBC PF, 11.2.02; Kyodo News Service, 9.2.02, nach BBC PF, 10.2.02; Kyodo News Service, 15.2.02, nach BBC PF, 16.2.02) -kg-

## 8 Anti-Drogen-Kooperation mit Myanmar

Erstmalig gewährt China ausländischen Drogenfahndern die Teilnahme an einer systematischen Fortbildung in einer Einrichtung der chinesischen

Sicherheitsbehörden. Am 24. Februar traten 25 Offiziere und Soldaten aus dem südlichen Nachbarland Myanmar ihren Kurs in der Public Security Senior Technical School in, Kunming, der an Myanmar grenzenden südwestchinesischen Provinz Yunnan, an.

Der Trainingskurs ist Teil der gemeinsamen Anstrengungen beider Länder zur Bekämpfung der transnationalen Drogenkriminalität im Goldenen Dreieck. Diese Initiativen begannen bereits Anfang der neunziger Jahre, und erst im vergangenen Jahr war man übereingekommen, den gemeinsamen Kampf zu intensivieren. China und Myanmar tauschen in diesem Zusammenhang seit mehreren Jahren Fahndungserkenntnisse, unternehmen gemeinsame Aktionen gegen den Drogenschmuggel und kooperieren im Zusammenhang mit der Entwicklung alternativer landwirtschaftlicher Anbauprodukte für die Opiumanbaugelände.

Im Rahmen der bilateralen Kooperation und des 1998 von Myanmar verabschiedeten Fünfzehnjahresplans zur Drogenbekämpfung war der Polizei in Myanmar, gestützt auf chinesische Informationen, erst kürzlich ein großer Schlag gegen den Drogenschmuggel geglückt. Beim Versuch einer Festnahme wurde am 29. Januar der chinesische Drogenbaron Liu Ming erschossen, der verdächtigt wurde, seit den frühen neunziger Jahren große Mengen von Heroin aus dem Goldenen Dreieck in verschiedene Regionen Chinas geschmuggelt zu haben und sich zum Schutz seiner illegalen Operationen einer Privatarmee bedient zu haben.

Für China war die Notwendigkeit zur Kooperation im Kampf gegen Drogen während der neunziger Jahre gewachsen, da die Volksrepublik nun selbst immer mehr zu einem Absatzmarkt für harte Drogen wurde, während sie in den Jahren zuvor primär als Transitland für den Drogenschmuggel gedient hatte, weil die Drogenbekämpfung in anderen Ländern Südost- und Ostasiens verschärft worden war.

Neue Brisanz bekam der Drogenschmuggel aus dem Goldenen Dreieck nach und durch China nun jüngst durch die Militäraktionen in Afghanistan im Zuge der Bewältigung der terroristischen Angriffe in den

USA. Durch die Kriegshandlungen, die Truppenpräsenz und die Übernahme der Macht in Kabul durch die neue afghanische Übergangsregierung, kam die Opiumproduktion in Afghanistan fast zum Erliegen. Aufgrund der ungebrochenen internationalen Nachfrage nach Heroin geht man in China und anderswo nun davon aus, dass Myanmar und Laos inzwischen die Hauptproduzenten von Rohopium und Heroin in Asien sein dürften. Die Großstädte Chinas bilden so zweifelsohne den nächstgelegenen lukrativen Markt.

Im Hinblick auf Laos dürfte sich in diesem Zusammenhang die Anfang Februar in Beijing unterzeichnete Vereinbarung über die gegenseitige Auslieferung von Straftätern als hilfreich erweisen. Darüber hinaus setzt China wie auch gegenüber Myanmar auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Unterstützung bei der Entwicklung von Laos. Während des China-besuchs des laotischen Premierministers Bounngang Vorachit wurden denn auch nach Gesprächen mit Zhu Rongji und Jiang Zemin ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, eine Vereinbarung über ein Kooperationsprogramm im Bildungssektor sowie über eine Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken beider Länder unterzeichnet. (*The Straits Times* online, 5.2.02; ZXS, 24.2.02, nach BBC PF, 26.2.02; XNA, 5.2.02; Xinhua, 5.2.02, nach BBC PF, 6.2.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 9 Chinesische Neujahrsaktivitäten: Feiern, Reisen und Hilfsmaßnahmen

Im Februar gab es – vor allem in der Hauptstadt Beijing – zahlreiche Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem chinesischen Neujahrsfest standen. Am 11. Februar fand unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten und Generalsekretärs Jiang Zemin in der Großen Halle des Volkes die offizielle Feier mit 4.500 Gästen statt, an der auch zahlreiche Politbüro- und Regierungsmitglieder teilnahmen. Schon am 10. Februar traf man sich unter der